

## Einleitung

Christoph Jahr

Für die nahende Zweihundertjahrfeier der Humboldt-Universität gibt es gewiß einfacher zu handhabende Themen als die zwölf Jahre der NS-Herrschaft. Am Anfang der aktuellen Auseinandersetzung mit den Jahren 1933-1945 stand allerdings nicht dieses große Jubiläum, sondern der sechzigste Jahrestag der Fertigstellung einer ersten Fassung des „Generalplan Ost“, der von einem der prominentesten Berliner Universitätsangehörigen verfaßt wurde: Konrad Meyer, Professor der Landwirtschaftlichen Fakultät und einer der skrupellosesten „Umsiedlungsexperten“ der NS-Zeit. Doch bei aller Monströsität dieser Ausgeburt planerischer Allmachtsphantasien: würde man sie ohne den Kontext der zeitgenössischen Forschungsparadigmen, der Wissenschaftspolitik und des Hochschullebens in einer totalitären Diktatur betrachten, bliebe sie als erratischer Block isoliert in der Geschichte der Berliner Universität stehen.<sup>1</sup> Erkenntnis über das bloße Entsetzen angesichts wissenschaftsförmig legitimierter Verbrechen hinaus verlangt jedoch einen genaueren Blick, der auch unerwartete Befunde, widersprüchliche Tendenzen und Grautöne wahrnimmt, ohne deswegen in analytische Indifferenz zu verfallen.

Das Interesse an der Geschichte der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und Universitäten in der NS-Zeit ist seit einigen Jahren enorm gewachsen, was sich etwa an den Programmen der alle zwei Jahre stattfindenden Historikertage ablesen läßt, ebenso wie an einer kaum noch überschaubaren Fülle von Publikationen. Auch erforschen inzwischen viele Universitäten systematisch ihre NS-Vergangenheit und stellen sich durch Ringvorlesungen – so etwa im Wintersemester 2004/2005 in Tübingen – sowie Publikationen der wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussion. Was die *systematische* Aufarbeitung der NS-Vergangenheit anbelangt, ist die frühere Friedrich-Wilhelms- und heutige Humboldt-Universität gewiß keine Vorreiterin. Diese Tatsache spiegelte sich in der dreisemestrigen Ringvorlesung, die diesem Sammelband zu Grunde liegt, insofern wider, als zwar für manche Themenbereiche bereits auf Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden konnte, für zahlreiche andere aber erst Forschungen angeregt werden mußten. Für die Publikation dieser – für den Druck überarbeiteten – Vorträge haben sich die Herausgeber zu Gunsten einer thematischen Zweiteilung entschieden. Während Band 2 die Geschichte verschiedener Fachbereiche, Institute und Fakultäten analysiert, versucht der vorliegende Band 1 sich dem Thema über die Darstellung von Strukturen, Personen sowie von Personengruppen und ausgewählten Forschungsfeldern zu nähern. Diese Trennung ist natürlich keineswegs unproblematisch und macht es bei vielen Themen notwendig, auch den 2. Band vergleichend heranzuziehen. Aspekte der „Ostforschung“ oder der „Rassenhygiene“ beispielsweise finden sich in beiden Bänden.<sup>2</sup> Über den Entstehungskontext dieser

<sup>1</sup> Zur Rolle der Berliner Universität in der deutschen Wissenschaftslandschaft vgl. Rüdiger vom Bruch Einleitung zu Band 2.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. die Beiträge von Ingo Loose in diesem und von Willi Oberkrome sowie Karl-Heinz Noack und Steffen Rückl im 2. Band. Sabine Schleiermacher ist mit ihren Überlegungen zur „Rassen-

Publikation informiert das Vorwort Rüdiger vom Bruch; ihre Einordnung in die aktuelle Forschungslage ermöglicht sein Beitrag über die Berliner Universität 1933-1945 in der Erinnerungskultur nach 1945.<sup>3</sup> In den 14 Beiträgen dieses Bandes geht es um das Verhältnis von institutionellen sowie personellen Brüchen und Kontinuitäten nach 1933. Zur Debatte stehen dabei das Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik – die nicht als getrennte Sphären, sondern als „Ressourcen für einander“<sup>4</sup> begriffen werden – sowie die Auswirkungen der NS-Herrschaft auf die Form, den Inhalt und die Qualität wissenschaftlicher Lehre und Forschung, aber auch deren praktische Anwendung. Inwieweit, so lautet zugespitzt die Leitfrage, war die Berliner Universität *im Nationalsozialismus* auch eine *nationalsozialistische* Universität?

Antworten darauf suchen zunächst zwei strukturgeschichtliche Beiträge, denn die von den Nationalsozialisten emphatisch verkündete „Hochschulrevolution“ des Jahres 1933 fand ihren praktischen Ausdruck neben der systematischen Vertreibung politisch Mißliebiger und als „fremdrassig“ angesehener Menschen vor allem in der Zerschlagung der universitären Selbstverwaltung im Namen der „Führeruniversität“. Mit deren theoretischer Begründung und praktischer Umsetzung an der Berliner Universität setzt sich *Christoph Jahr* u. a. durch die Betrachtung der vier Rektoren und ihrer Amtszeiten auseinander. Von dem mit großem Pathos verkündeten „Führeranspruch“ der Rektoren blieb in Beziehungsgestrüpp zwischen Rektor, Professorenkollegium, Wissenschaftsministerium und verschiedenen NSDAP-Organisationen im Alltag meist wenig übrig. Dennoch fällt das Urteil über das kollektive Verhalten des universitären Lehrkörpers angesichts der Zumutungen des NS-Regimes nicht sehr günstig aus, denn grundsätzliche Kritik oder gar Widerstand sind kaum feststellbar, wären unter den Bedingungen der totalitären Diktatur allerdings auch nur schwer realisierbar gewesen. Am Beispiel der Berufungspolitik an der Charité vertieft *Volker Hess* diese Gedanken weiter, indem er vier Verhaltensvarianten der Medizinischen Fakultät gegenüber dem Wissenschaftsministerium vorstellt. Dabei wird deutlich, daß eine seitens des Ministeriums vollkommen ohne die Mitwirkung der weiter bestehenden Universitätsgremien durchgepaukte Personalpolitik eher die Ausnahme darstellte. Die Medizinische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität konnte sich stattdessen häufig einen gewissen Handlungs- und Mitbestimmungsspielraum bewahren. Der in apologetischer Absicht vorgebrachte Verweis auf die formale Machtfülle des „Führerrektors“, auf die Interventionen des Wissenschaftsministeriums sowie das Hineinwirken verschiedener Instanzen der NSDAP in die Universitäten entlastet diese keineswegs von ihrer Verantwortung für die Zerstörung der Wissenschaft und die selbst begangenen oder durch geistige Vorbereitung ermöglichten Verbrechen anderer.

hygiene“ in beiden Bänden vertreten, ebenso wie Werner Brill mit seinen Ausführungen zur Sonderpädagogik.

<sup>3</sup> Darüber hinaus gibt die Auswahlbibliographie auf der Internetseite der Arbeitsgruppe „Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken“ Auskunft über die Literaturlage zu einzelnen Disziplinen und Universitäten: <http://www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit/docsbiblio.htm>.

<sup>4</sup> Vgl. Mitchell G. Ash, „Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander“, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, 32-51.

Auch für die Universitäten gilt, daß der Nationalsozialismus nicht auf die unheilvolle Tätigkeit einer kleinen Tätergruppe reduziert werden kann. Vielmehr waren alle Hochschulangehörigen mit Ausnahme derjenigen, die explizite Regimegegner waren oder zu solchen erklärt wurden, in der einen oder anderen Form an seiner Ausgestaltung beteiligt.<sup>5</sup>

Diese Verquickung ideologischer, wissenschaftspolitischer sowie karriereorientierter Handlungsmotive wird plastisch deutlich am Beispiel des akademischen „Osteinsatzes“ von drei höchst unterschiedlichen Berliner Wissenschaftlern an der im Frühjahr 1941 eröffneten Reichsuniversität Posen. *Ingo Loose* kann am Beispiel dieser nationalsozialistischen „Musteruniversität“ zeigen, daß der Krieg zu einer Karrierechance insbesondere für die jüngere Generation der Nachwuchswissenschaftler wurde, die – neben prominenten Überzeugungstätern wie Konrad Meyer – maßgeblich zur Stabilisierung des NS-Regimes im Krieg beitrugen. Dennoch war die Berliner Universität im Gegensatz zu den vielen anderen Berliner Forschungseinrichtungen – die Publikationsstelle Dahlem voran – im „Osteinsatz“ eher unterrepräsentiert, nicht zuletzt, weil ihre Existenzberechtigung gegenüber dem Regime weniger begründungsbedürftig war als diejenige außeruniversitärer Institute. Insofern blieb die Berliner universitäre Osteuropaforschung im Schatten der offiziellen „Ostforschung“ *vergleichsweise* intakt.

Mit dem Rassismus als zentralem Element der NS-„Weltanschauung“ und Herrschaftspraxis befassen sich zwei Beiträge. *Sabine Schleiermacher* untersucht Rassenhygiene und Rassenanthropologie als nationalsozialistische Leitdisziplinen und Legitimationswissenschaften. Als „Grundlagenforschung“ begründeten sie die Paradigmen rassistischen Denkens, mittels wissenschaftlicher Expertise ermöglichten und unterstützten sie dann durch anwendungsorientierte Forschung die Ausgrenzung, Selektion, Vertreibung und schließlich Vernichtung von als „minderwertig“ klassifizierten Menschen. Außerdem wirkten zahlreiche Universitätsangehörige als Experten und Sachverständige im Sinne wissenschaftlicher Politikberatung. Das Zusammenspiel von eher außeruniversitär verankerter Forschung und universitär etablierter Lehre war am prominentesten in Eugen Fischer und Fritz Lenz verkörpert, wobei das Jahr 1933 den entscheidenden Durchbruch markierte, denn Rassenhygiene und Rassenanthropologie rückten nun schlagartig ins Zentrum staatlicher Aufmerksamkeit und Förderung. Das rassistische Denken schlug sich auch im Unterrichtsbetrieb der Berliner Universität nieder, wie *Werner Brill* durch die Präsentation der Lebensläufe dreier sehr unterschiedlicher Wissenschaftler zeigt, deren Lehrinhalte jedoch gleichermaßen angehenden Sonderschullehrern als verbindlich empfohlen wurden. Das Spektrum der Lehrinhalte reichte dabei vom Modell eines „gesunden Volkskörpers“ – mit der zumindest impliziten Schlußfolgerung der Aussonderung und Vernichtung der „Ungesunden“ – über die Vermittlung von Vererbungsregeln bis zu wohlfahrtspolitischen Vorstellungen über den Umgang mit Krankheit und Behinderung. Ob bzw. inwieweit aber die erbbiologischen und sozialrassistischen Lehren von den Studenten, also den

<sup>5</sup> Die These von Bruno W. Reimann, „Die ‚Selbstgleichschaltung‘ der Universitäten 1933“, in: Jörg Tröger (Hg.), *Hochschule und Wissenschaft im Nationalsozialismus*, 2. Aufl. Frankfurt a. M./New York 1986, 38-52, hier 41, daß der Nationalsozialismus „den Universitäten nicht einfach von außen, im Sinne einer politisch-gewaltsamen Disziplinierung übergestülpt worden“ sei, ist heute weitgehend akzeptiert.

zukünftigen Sonderschullehrerinnen und -lehrern, in die pädagogische Praxis übernommen wurden, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen.

Neben dem Versuch des Aufbaus einer rassistisch fundierten Gesellschaftsordnung stellte die Orientierung auf den Eroberungskrieg das zweite zentrale Kennzeichen der NS-Herrschaft dar. *Helmut Maier* weist nach, dass die Rüstungsforschung, entgegen dem gängigen Klischeebild, kein „Stiefkind“, sondern vielmehr ein „Hätschelkind“ der NS-Forschungspolitik war.<sup>6</sup> Schon im Kaiserreich hatte sich eine enge Kooperation zwischen dem Militär, der Industrie und den Universitäten – darunter auch der in Berlin – herausgebildet, die nach 1918 trotz der Beschränkungen des Versailler Vertrages fortgeführt und nach 1933 enorm verdichtet wurde. Auch ein zweites gängiges Interpretationsmuster stellt Maier in Frage, indem er herausstellt, daß das vielbeschworene „polykratische Chaos“ keineswegs ein besonderes Kennzeichen der NS-Zeit war, da Kompetenzgerangel, Geheimniskrämerei, Doppelarbeit und Zersplitterung zu den grundlegenden Prinzipien bürokratisierter Wissenschafts- und Innovationssysteme gehören. Wie gerade auch der Vergleich mit den USA zeigt, vermochte es die NS-Forschungspolitik stattdessen, über die Multifunktionsträger der Mittelinstanz die Forschungsarbeit derart effizient zu organisieren, daß die deutsche Rüstungstechnologie in einigen Bereichen einen Vorsprung von fünf bis zehn Jahren gegenüber den Westalliierten erlangen konnte.

Die Arbeitsgruppe, von der die hier dokumentierte Ringvorlesung konzipiert und vorbereitet wurde, hatte von Anfang an Wert darauf gelegt, nicht nur die wichtigsten Institute und Fakultäten sowie die Kernbereiche der NS-Wissenschafts- und Universitätspolitik zu behandeln, sondern vor allem diejenige Gruppe der Hochschulangehörigen ausgiebig zu thematisieren, die schon allein zahlenmäßig überwog und daher das Bild der Universität nach außen prägte: die Studenten. Da diese im Dritten Reich ausgebildete und sozialisierte Elite, soweit sie den Krieg überlebte, nach 1945 einen großen Anteil an der Bewältigung der nationalsozialistischen Hinterlassenschaft und der Gestaltung einer neuen akademischen Kultur, aber auch der Gesellschaften beider deutscher Staaten insgesamt hatte, ist dieses Thema auch für das Verständnis der Nachkriegsgeschichte von erheblicher Bedeutung. Zwar sind wir über die Rolle der Studenten im „Dritten Reich“ in den großen Linien bereits seit einem Jahrzehnt vorzüglich informiert<sup>7</sup>, doch arbeitet der grundlegende Beitrag von *Steffen Rückl* und *Karl-Heinz Noack* die vielen Facetten studentischen Lebens in der Berliner akademischen Topographie so plastisch heraus, wie es nur eine Lokalstudie vermag. Besonders deutlich wird dabei das Wechselspiel von scheinbarer Kontinuität und Normalität einerseits sowie dem schrankenlosen Zugriff einer totalitären Diktatur auf das alltägliche Leben und die Zukunftsperspektiven des Einzelnen andererseits. Am schärfsten erlebten letzteres die als politische oder „rassische“ Gegner definierten Menschen. Der Krieg führte hierbei zu immer tieferen Einschnitten in das akademi-

<sup>6</sup> Dieser Beitrag gibt lediglich einige Aspekte der Podiumsdiskussion „Kriegsforschung an der Friedrich-Wilhelms-Universität“ im Rahmen der Ringvorlesung wider. Zur weiteren Information sei hier nur verwiesen auf: Helmut Maier (Hg.), *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002; sowie Susanne Heim (Hg.), *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*, Göttingen 2002.

<sup>7</sup> Vgl. Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.

sche Leben, das 1945 daher genauso in Trümmern lag, wie die Stadt Berlin und die Mehrzahl der Universitätsgebäude.

*Matthias Bühnen* und *Rebecca Schaarschmidt* richten ihren Blick speziell auf die Endphase der Weimarer Republik und den Übergang zur NS-Diktatur. Diese wurde zwar nur von einer beträchtlichen Minderheit der Studenten aktiv herbeigeführt, von einer Mehrheit aber akzeptiert, wenn nicht gar freudig begrüßt. In Berlin ebenso wie an den anderen Universitäten des Reiches führte eine *Mélange* aus autoritären Leitbildern und Zukunftsangst aufgrund eines wachsenden Konkurrenzdrucks unter den Studenten zu einer politischen Radikalisierung, die durch die traumatisch erlebten Ereignisse der Kriegsniederlage und Revolution von 1918 entscheidend beschleunigt wurde. Viele Studenten kamen nie in der demokratisch verfaßten Weimarer Republik an, worunter bereits lange vor 1933 Kommilitonen „linker“ politischer Gesinnung, vor allem aber diejenigen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft zu leiden hatten. Der schon davor von den völkischen Studenten praktizierte offene Terror gegen diese Gruppen führte, seit Februar 1933 mehr und mehr mit staatlich-bürokratischen Machtmitteln gestützt, schließlich zur Vertreibung all jener, die der nationalsozialistischen Homogenitätspantastie, die ihren Ausdruck in der imaginierten „Volksgemeinschaft“ fand, nicht entsprechen wollten oder konnten.

Eine bis heute stark von Klischees positiver wie – vor allem – negativer Natur geprägte kleine, zumindest in der Selbstwahrnehmung aber „feine“ Studentengruppe waren die Verbindungsstudenten, deren Geschichte *Sven Waskönig* am Beispiel der Köseener Corps nachgeht. Die Schwierigkeiten bei der Einordnung der Corps ergeben sich aus der Tatsache, daß sie zwar einerseits von den NS-Machthabern nach einer kurzen Phase der Koexistenz verboten wurden, andererseits aber schon die Jahrzehnte davor Träger radikalnationalistischen, antidemokratischen und antisemitischen Gedankenguts waren. Es fällt daher schwer, sie als „Opfer“ zu bezeichnen, zumal sie sich aktiv um ein gutes Verhältnis zu den neuen Machthabern bemühten und sehr viel stärker von diesen zurückgewiesen wurden, als daß sie selbst sie abgelehnt hätten. Dennoch widersprach die bloße Existenz der Corps als unabhängige Studentenverbindungen jenseits des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds dem totalen Macht- und Kontrollanspruch des Regimes, auch wenn einer völligen „Gleichschaltung“ nur wenige ideologische, dafür aber viele habituelle Gründe entgegenstanden.

Nicht aus Gründen selbstgewählter sozialer Exklusivität, sondern als Ergebnis einer systematischen Diskriminierungspolitik stellten auch die Frauen nur eine kleine Minderheit an der Berliner Universität dar. Die eng aufeinander bezogenen Beiträge von *Annette Vogt* und *Levke Harders* zeichnen die Situation und Karrierewege der Studentinnen und Akademikerinnen an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen bzw. Philosophischen Fakultät nach. Studierende, forschende oder lehrende Frauen mußten viel „Fleiß und Sachverstand“ aufwenden, um sich in einer Umgebung zu behaupten, die ihnen nach 1933 grundsätzlich abweisend gegenüberstand, da im nationalsozialistischen Frauenbild bekanntlich wenig Platz für selbstbestimmte Lebensentwürfe und akademische Karrieren jenseits von „Kindern und Küche“ war. Das drastische Absinken der Quote weiblicher Studierender nach 1933 entsprach zunächst durchaus den Intentionen der neuen Machthaber, die eine Frauenquote von 10% einführen. Bei der Durchsetzung solcher Maßnahmen konnten die NS-

Hochschulpolitiker im übrigen aber auch an überkommene Ressentiments innerhalb des fast ausschließlich männlichen Lehrkörpers anknüpfen. Erst der Krieg und die massenhafte Einberufung der männlichen Studenten zur Wehrmacht erzwang die erneute Öffnung der Universitäten für Frauen, weil anders die kriegsbedingten Lücken nicht zu füllen gewesen wären. Wie für ihre männlichen Kollegen lassen sich auch bei den wenigen Hochschuldozentinnen unterschiedliche Verhaltensmuster erkennen, die von vorbehaltloser Regimetreue über opportunistisches Taktieren bis zu relativer Systemferne reichten. Zwar waren die Zumutungen des Regimes an den Einzelnen hinsichtlich der Herkunft (insbesondere natürlich soweit es um eine jüdische ging) und des politisch konformen Verhaltens für Männer und Frauen gleich, was sich etwa an den Auswirkungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 zeigt. Dennoch war die Situation der Akademikerinnen insofern spezifisch, als ihre bloße Gegenwart an den Universitäten stets einem besonderen Rechtfertigungszwang ausgesetzt war.

Mit Menschen, die sich ganz und gar unfreiwillig im Bereich der Berliner Universität aufhielten, den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, befassen sich *Steffen Rückl*, *Winfried Schultze* und *Karl-Heinz Noack* in einer materialreichen, unmittelbar aus den verstreuten Quellen des Universitätsarchivs geschöpften Studie. Vor dem Hintergrund des bereits recht gut erforschten Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenen-einsatzes in der Reichshauptstadt können sie nachweisen, daß auch zahlreiche Fakultäten und Institute der Universität davon profitierten, zumal dieser Einsatz auch in den Überlegungen des „Generalplan Ost“ eine erhebliche Rolle spielte. Nicht zuletzt deswegen sind die politischen und moralischen Fragen dieses Kapitels der Universitätsgeschichte bis heute aktuell, auch nachdem die materiellen Entschädigungsregelungen zu einem mehr oder weniger befriedigenden Abschluß gekommen sind. Wie die mahnende Erinnerung an den Zwangsarbeitereinsatz im institutionellen Gedächtnis der Universität verankert werden kann, bleibt daher eine Herausforderung für alle Universitätsangehörigen.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit begann nach 1945 auch in Berlin bekanntermaßen nur zögerlich, ebenso wie an den anderen deutschen Universitäten. Sie ist darüber hinaus von der „doppelten Erinnerung“ in der geteilten Stadt geprägt. Nicht nur die Humboldt-Universität im Osten, sondern auch die als bewußte Gegenegründung im Westteil entstandene Freie Universität stellten sich in die Tradition des „Gründervaters“ Wilhelm v. Humboldt. Um die Interpretation dieses Erbes wurde freilich erbittert gestritten. Die zwei abschließenden Beiträge befassen sich daher mit der Gedenk- und Erinnerungspolitik in beiden deutschen Staaten. Eingebettet in die geistes- und geschichtspolitischen Entwicklungen der Nachkriegszeit kommt *Rüdiger vom Bruch* hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Zeit der Berliner Universität im westlichen Teil Deutschlands zu einem ernüchternden Ergebnis. Unter den tagespolitischen Zwängen und Nöten des Kalten Krieges und der in West-Berlin stärker als irgendwo sonst spürbaren Bedrohung durch das kommunistische Zwangssystem in der SBZ/DDR galt die Auseinandersetzung dem feindlichen Gegenüber, nicht der eigenen Vergangenheit, zumal viele der besonders NS-belasteten Wissenschaftler in den Westen gegangen waren. So brachte es die 1960 anlässlich der 150-Jahrfeier der Linden-Universität in West-Berlin herausgegebene Festschrift fertig, jeglichen Bezug auf die NS-Jahre zu vermeiden. Auch die 1966 abgehaltenen Universitätstage zum

Thema „Nationalsozialismus und die deutsche Universität“ waren vor allem politisch motiviert und galten der Abwehr von Angriffen aus der DDR. Als Startschuß für eine intensive und kritische Forschung dienten sie daher nicht, auch, weil die kurz darauf einsetzende 68er-Revolution andere Fragen an die NS-Zeit stellte. Die späten 60er und frühen 70er Jahre erlebten in den Geisteswissenschaften darüber hinaus den durch einen umfassenden Generationenwechsel begünstigten Durchbruch neuer Forschungsparadigmen. Über dieser Aufbruchsstimmung wurde es versäumt, Fragen nach der NS-Vergangenheit des eigenen Faches zu stellen.<sup>8</sup> Daher entfaltete das Dogma einer vorgeblich rein erkenntnisgeleiteten deutschen Wissenschaft, die in ihrem Kern unbeschadet durch die Jahre 1933-1945 gekommen sei, seine das Verschweigen, Verdrängen und Vergessen fördernde Wirkung bis weit in die achtziger Jahre hinein. Es war nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft, die sich im Windschatten der die „Betriebsunfallthese“ hinsichtlich des Nationalsozialismus ausdrücklich zurückweisenden Sozialgeschichtsschreibung an dieser Fiktion derart berauschte, daß der Kater, mit dem sie auf dem Historikertag 1998 in Frankfurt erwachte, umso heftiger war.<sup>9</sup>

Nicht nur ein informelles „Schweigekartell“ sondern strikte politisch-ideologische Vorgaben prägten den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, wobei die SED diese auch mit den Zwangsmitteln einer Diktatur durchzusetzen vermochte. Aus der Sicht einer Beteiligten beschreibt *Ingrid Graubner* die zahlreichen Widersprüche und Wendungen der offiziellen Gedenkpoltik an der Humboldt-Universität. Zwar bewirkte der antifaschistische Gründungsmythos der DDR einerseits eine klare Distanzierung von der NS-Zeit, andererseits verhinderte er aufgrund seiner ideologischen Fixiertheit eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Für Grautöne und Differenzierungen war kein Platz in einer Geschichts- und Gedenkkultur, die von den Funktionären der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VdN) monopolisiert war und sich darüber hinaus nach den ideologischen Vorgaben der SED zu richten hatte. Die durchaus vorhandenen Ansätze zu kritischer und differenzierter Forschung konnten in diesem Klima nicht gedeihen. Daher kann der DDR-offizielle Antifaschismus auch nicht unreflektiert als Grundlage einer zukünftigen Gedenkpoltik der Humboldt-Universität dienen, sondern muß seinerseits historisiert werden.

Aus unterschiedlichen Gründen konnten nicht alle Vorträge der Ringvorlesung publiziert werden.<sup>10</sup> Das betrifft in diesem Band diejenigen zur „Bücherverbrennung“<sup>11</sup> vom 10. Mai 1933, die auf dem Opernplatz direkt gegenüber der Universität ihre bis heute bild- und erinnerungsprägende Unstätte gefunden hatte, sowie für den Beitrag über die Exilanten und Remigranten an der Berliner Universität.<sup>12</sup> Die Her-

<sup>8</sup> Für die Geschichtswissenschaft vgl. dazu Rüdiger Hohls, Konrad H. Jarausch (Hg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart/München 2000.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die grundlegende Dokumentation in: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999.

<sup>10</sup> Das Programm der Ringvorlesung kann abgerufen werden unter: <http://www.geschichte-huberlin.de/ns-zeit/index.htm>.

<sup>11</sup> Vgl. dazu stattdessen das Themenheft „Bücherverbrennung Mai 1933 – Ereignis und Wirkung“ der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51/2003, Heft 5.

<sup>12</sup> Vgl. zu diesem Themengebiet Wolfram Fischer, Klaus Hierholzer, Michael Hubenstorf, Peter Th. Walther, Rolf Winau (Hg.), *Exodus von Wissenschaftlern aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933*, Berlin/New York 1994.

ausgeber sind sich aber nicht nur deshalb der Desiderate dieser beiden hier vorliegenden Bände bewußt. So wäre es wünschenswert gewesen, noch häufiger zu diskutieren, inwieweit sich die Situation in Berlin von der an anderen deutschen Universitäten unterschied. Hier kann nur die vorsichtige Hypothese formuliert werden, daß die Friedrich-Wilhelms-Universität, ungeachtet ihrer geographischen Nähe zum Machtzentrum des Regimes, nicht an der Spitze ns-spezifischer Forschung stand. Jedenfalls bewirkte wohl allein schon die schiere Größe des Lehrkörpers, daß sich zwischen den vielen Überzeugungstätern, Indifferenten, Opportunisten und Mitläufern einige regimeferne Nischen erhalten konnten. Ein Hort geistiger Widerständigkeit war freilich auch die Berliner Universität zu keiner Zeit, und die Vertreibung politisch oder „rassistisch“ unerwünschter Universitätsangehöriger wurde hier nicht weniger vehement vorangetrieben als anderswo. Das Bild verdüstert sich weiter, wenn man – was unbedingt notwendig ist – die außeruniversitären Aktivitäten oder die Einbindung von Berliner Hochschullehrern wie Eugen Fischer, Konrad Meyer und Franz Alfred Six in die NSDAP bzw. das SS-Imperium berücksichtigt. In diesem Bereich spielte die Wissenschaft in Berlin eine herausragende Rolle bei der Formulierung und Umsetzung der Politikziele des Nationalsozialismus, sei es bei der systematischen Kriegsvorbereitung oder der gewaltsamen Umformung der Gesellschaften Europas nach rassistischen Kriterien bis hin zum Kranken- und Völkermord.

Die Schnittflächen zwischen Gesellschaft, Politik sowie inner- und außeruniversitärer Forschung noch intensiver zu untersuchen, aber auch die Zäsuren von 1933 und 1945 zu transzendieren oder den internationalen Kontext sowie Aspekte des Wissen(schaft)stransfers stärker einzubeziehen, könnten Perspektiven weiterer Forschungen sein. Der Wunsch, die Ergebnisse der Ringvorlesung möglichst schnell der Öffentlichkeit zu präsentieren, um dem Nachdenken über angemessene Formen des Gedenkens und Erinnerns an der Humboldt-Universität ein empirisches Fundament zu geben, hatte jedoch den Vorrang gegenüber dem Ziel enzyklopädischer Vollständigkeit. Schon aus den vielen unbeantwortet gebliebenen oder neu gestellten Fragen wird aber deutlich, daß hier kein „letztes Wort“ gesprochen, sondern ein Zwischenbericht gegeben wird. Dieser hätte seine Aufgabe erfüllt, wenn er zu weiteren Forschungen – auch unabhängig vom großen „Jubiläumswerk“ zum 200. Geburtstag der Berliner Universität – anregen würde.